

STRATEGIEN SOZIALER ABSICHERUNG

Handout zum Workshop am 28. September 2007

Die soziale Lage von – bei weitem nicht nur – KünstlerInnen ist prekär, soziale und ökonomische Absicherung unzureichend bis nicht vorhanden. Doch welche Möglichkeiten gibt es, prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen zu entkommen bzw. sich dagegen zur Wehr zu setzen? Im Workshop sollen individuelle und kollektive Strategien sowie mögliche gemeinsame Aktivitäten (aktuell insbesondere in Hinblick auf die bevorstehende Novelle des Künstlersozialversicherungsfondsgesetzes) erörtert werden.

Inputs und Moderation:
Daniela Koweindl, Andrea Salzmann

Inhalt Handout

- Hintergrundinfo zum Workshop
- Künstlersozialversicherungsfonds. Geschichte. Zahlen, Daten, Fakten.
- Forderungen und Kämpfe der Intermittents (Frankreich)
- Links zum Thema

Hintergrund

Fragen nach individuellen Strategien sind auch Thema im EuroMayDay, einer europaweiten sozialen Bewegung, die sich mit Prekarisierungsprozessen auseinandersetzt. Daran soll der Workshop anknüpfen: Woher kommt dein Geld zum Überleben? Wie kommst du zu deinen Jobs, Aufträgen und Projekten? Darfst du arbeiten? Bist du zufrieden? Bekommst du Anerkennung? Kannst du dir etwas leisten? Machst du dir freie Tage? Und fühlst du dich gut dabei?

Fragen nach strukturellen Verbesserungen mussten sich Interessenvertretungen (im Kunst- und Kulturbereich) in den letzten Jahren zunehmend stellen. Erst seit 2001 gibt es den so genannten Künstlersozialversicherungsfonds, ein kleines Zuschussystem, das einigen KünstlerInnen einen Zuschuss zum Pensionsversicherungsbeitrag ermöglicht. Schon bald hat sich die bestehende Regelung als Flop erwiesen. Während einerseits der Fonds nur die Hälfte seiner Einnahmen ausgibt, bestehen andererseits rigorose Ausschlussmechanismen. Nur wer mit der Kunst ausreichend Geld verdient, erhält einen Zuschuss. Und wer es wider Erwarten doch nicht schafft, soll ihn zurückbezahlen. In den letzten zwei Jahren hat der Fonds Rückzahlungsforderungen von insgesamt 4,5 Millionen Euro ausgesprochen, jede 4. KünstlerIn war betroffen. Nun ist eine Gesetzesnovelle geplant. Nach anfänglich großen Worten der Kulturministerin, wurde zuletzt nur mehr ein bescheidenes Reförmchen in Aussicht gestellt. Sowohl die Mindesteinkommensgrenze als auch der Rückzahlungsparagraph sollen bleiben. Größere Veränderungen später...

International zeigt beispielsweise die in Frankreich seit dem Sommer 2003 stattfindende Protestbewegung der Intermittents unterschiedliche Aktionsformen auf. Durch medienwirksame Besetzungs- und Streikaktionen thematisieren sie die zunehmende Verunsicherung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Sie sprechen von einer doppelten Flexibilisierung, nämlich die der Arbeitszeit und die des Gehaltes. Dabei geht es in ihren Kämpfen um mehr als bloße Gehaltsforderungen, um mehr als ein geregeltes Einkommen. Sie beschäftigen sich mit Fragen der prekären Arbeit weit über den kulturellen Sektor hinaus. Und sie haben lokale Koordinationen organisiert, die landesweit vernetzt sind.

Die Praxis der Intermittents soll impulsgebend für weitere Diskussionen sein.

Programm und Ziel des Workshops

Einleitend sind kurze Inputstatements geplant: Zur aktuellen Situation in Österreich und Forderungen der Interessenvertretungen sowie ein Blick auf erfolgreiche (KünstlerInnen-) Proteste der Intermittents in Frankreich für den Kampf um soziale Rechte (inkl. Ausschnitt aus einem Video von der Precarity-DVD: „Nous Sommes Partout! Intermittents du Spectacle. Action against the precarity of the French temporary workers in the cultural sector“). Anschließend Erfahrungsaustausch und offene Diskussion über Handlungsspielräume.

Ziel des Workshops ist die Entwicklung von Forderungen und Strategien zur Verbesserung der sozialen Lage. Eine Fortsetzung ist bei Interesse der TeilnehmerInnen geplant.

Künstlersozialversicherungsfondsgesetz (KSVFG)

Zahlen, Daten, Fakten. Vom Inkrafttreten bis zur geplanten Novelle.

1.1.2001

Nach jahrelangen Verhandlungen im Ringen um eine sinnvolle und leistbare soziale Absicherung für KünstlerInnen machte der eben erst eingesetzte Kunststaatssekretär Franz Morak (ÖVP) zum Jahresende 2000 kurzen Prozess. Als angeblich erster Schritt wurde die bis heute gültige gesetzliche Lösung umgesetzt. Die zugesagten weiteren Schritte folgten nie.

Seit 1.1.2001 gilt die Pflichtversicherung gem. GSVG (Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz) auch für KünstlerInnen (Ende der Ausnahmeregelung). Gleichzeitig tritt das Künstlersozialversicherungsfondsgesetz in Kraft, das selbständig erwerbstätigen KünstlerInnen unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschuss zum Pensionsversicherungsbeitrag ermöglicht.

Zum Jahresende zählt der Fonds 3.462 ZuschussbezieherInnen. 5,83 Millionen EUR Gesamteinnahmen stehen 2,11 Millionen Euro an Ausgaben (für Zuschüsse, Verwaltungsaufwand etc.) und 3,72 Millionen Euro „Zuführung zur Reserve für Zuschüsse“ gegenüber.

2003

Im Frühling wird der KSVF-Geschäftsbericht 2002 veröffentlicht, dieser weist nach zwei Jahren Tätigkeit mittlerweile 5,21 Millionen Euro an Reserven auf.

2004

Als im Frühling 2004 der KSVF-Geschäftsbericht 2003 erscheint, wird bekannt, dass der Bund bereits im Vorjahr seine Beiträge an den KSVF eingestellt hat (bisher 2,04 bzw. 3,31 Millionen Euro in den Jahren 2001 bzw. 2002). Bis auf weiteres sind keine Zahlungen des Bundes an den KSVF mehr vorgesehen.

1.1.2005

Erhöhung des Zuschusses von max. 872 auf max. 1.026 Euro jährlich. Doch schon bisher konnten 14,5% der ZuschussbezieherInnen den Höchstbetrag gar nicht ausschöpfen, da aufgrund ihres niedrigen Einkommens der Pensionsversicherungsbeitrag ohnehin niedriger war als der max. mögliche Zuschuss. Eine Verwendung des Zuschusses für Kranken- und/oder Unfallversicherung ist nicht möglich, eine solche Erweiterung im KSVFG lehnt Kunststaatssekretär Morak als nicht finanzierbar ab. Die Erhöhung des max. möglichen Zuschusses geht gerade für KünstlerInnen mit geringem Einkommen ins Leere.

Sommer 2005

Der KSVF schickt erste Rückzahlungsforderungen aus: KünstlerInnen, deren Einkommen nicht im vorgeschriebenen Bereich liegt, sollen erhaltene Zuschüsse wieder zurückbezahlen. Das betrifft einerseits KünstlerInnen, die mit ihren Gesamteinkünften die vorgeschriebene Obergrenze überschritten haben, andererseits (und vorwiegend) auch jene KünstlerInnen, die das erforderliche Mindesteinkommen aus künstlerischer Tätigkeit nicht erreicht haben.

Nach der Überprüfung der Einkommen aus dem Jahr 2001 startet der KSVF schließlich eine umfassende Kontrollaktion, um das Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit aller ZuschussbezieherInnen in allen Jahren zu überprüfen. Die Zahl der von Rückzahlungen betroffenen KünstlerInnen wird laufend nach oben revidiert.

9.1.2007

Die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage gibt Detailauskünfte zu den bisherigen Rückzahlungsforderungen. Gesamtausmaß: 4.515.170,30 Euro. Bis zu 1489 KünstlerInnen jährlich sind betroffen. Mehr als zwei Drittel davon, weil sie das im KSVF-Gesetz vorgeschriebene Mindesteinkommen aus künstlerischer Tätigkeit wider Erwarten nicht erreicht haben. Knapp eine halbe Million Euro haben KünstlerInnen bereits zurückgezahlt, vier Millionen Euro sind noch offen.

11.1.2007

Claudia Schmied (SPÖ) wird Ministerin für Unterricht, Kunst und Kultur und löst Kunststaatssekretär Franz Morak (ÖVP) resp. Kunstkanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) als zuständiges Regierungsmitglied für eine KSVFG-Novelle ab.

28.1.2007

BM Schmied bezeichnet die Situation im KSVF als untragbar und plädiert – im Sinne der lang gehegten SPÖ-Position aus Oppositionstagen – für eine Abschaffung der Mindesteinkommensgrenze aus künstlerischer Tätigkeit.

14.2.2007

Der für Kultur zuständige Mitarbeiter von BM Schmied kündigt rasche Sofortmaßnahmen an, um die bestehenden Rückzahlungsforderungen aufzuheben und zwei darüber hinausgehende „Kleinigkeiten“ zu verwirklichen. Ein Gesetzesentwurf sei bereits sehr weit fortgeschritten und solle in den nächsten Tagen präsentiert werden. In der Folge seien weitere Maßnahmen geplant.

22.2.2007

Der für Kultur zuständige Mitarbeiter von BM Schmied lädt kurzfristig drei InteressenvertreterInnen zu einem Gespräch ein. Die InteressenvertreterInnen fordern einen Gesprächstermin mit der Bundesministerin und unverzügliche Einrichtung einer ministeriellen Arbeitsgruppe (mit InteressenvertreterInnen aus allen Bereichen von Kunst, Kultur und freien Medien), die in regelmäßigen Treffen eine Gesetzesnovelle erarbeitet. Diskussionsbasis soll der Sofortmaßnahmenkatalog des Kulturrat Österreich sein.

15.5.2007

Erneut von demselben Mitarbeiter von BM Schmied kurzfristig anberaumtes Folgetreffen mit diesmal fünf InteressenvertreterInnen. Hauptthema: KSVFG-Novelle. Neue Information: Eine Abschaffung der Mindesteinkommensgrenze aus künstlerischer Tätigkeit als Zuschussvoraussetzung sei aus juristischen Gründen nicht möglich. Der Mitarbeiter kann dieses Argument jedoch nicht näher erläutern.

24.5.2007

Erstes und bislang einziges Arbeitstreffen im BMUKK zur KSVFG-Novelle (mit InteressenvertreterInnen, KSVF-Geschäftsführer, SVA-Mitarbeiter und dem für Kultur zuständigen Mitarbeiter von BM Schmied). Der aktuelle Gesetzestext wird größtenteils Paragraph für Paragraph besprochen, InteressenvertreterInnen deponieren Detailkritik am Status Quo und Änderungsvorschläge.

28.6.2007

Der KSVF veröffentlicht den Geschäftsbericht 2006:
Seit seinem Bestehen bis zum Jahresende 2006 hat der KSVF an insgesamt 6.589 Personen Zuschüsse zuerkannt.

Seit 2001 haben pro Jahr zwischen 831 und 1.055 Personen mit ihrem Einkommen die vorgesehene Mindesteinkommensuntergrenze aus künstlerischer Tätigkeit nicht erreicht und zwischen 356 und 453 Personen mit ihrem Einkommen die vorgesehene Einkommensobergrenze überschritten. Im Hinblick auf die Absichtserklärung vom BM Schmied, aufgrund der Rückzahlungsproblematik das KSVFG zu novellieren, wurden vom KSVF die Rückforderungsverfahren wegen Unterschreitung der Mindesteinkommensgrenze vorläufig ausgesetzt.

An Aufwendungen waren in der Gewinn- und Verlustrechnung die Beitragszuschüsse an die SVA von € 5,186 Mio, der Verwaltungsaufwand von € 0,350 Mio und die Zuführung zum Fondskapital von € 1,737 Mio zu verzeichnen. Mit dem vorhandenen Fondskapital von € 14,573 Mio und den zu erwartenden Erträgen aus Abgaben können die Zuschussleistungen finanziert werden. Ein ergänzender Bundeszuschuss wird daher nicht erforderlich sein.

29.6.2007

Erster und bislang einziger Gesprächstermin mit BM Schmied, die sich nun dezidiert gegen eine Abschaffung der Mindesteinkommensgrenze aus künstlerischer Tätigkeit als Zuschussvoraussetzung und für Rückforderungen ausspricht – allerdings mit ein paar Ausnahmeregelungen bei letzteren. Ein Entwurf für eine Gesetzesnovelle sei in Arbeit und solle nach dem Sommer zur Begutachtung veröffentlicht werden.

28.9.2007

Ein Entwurf für die KSVFG-Novelle ist bis heute nicht veröffentlicht.

Schlussbemerkung:

Seit Jahren zeigen die verschiedenen Interessenvertretungen von Kunst- und Kulturschaffenden vorherrschende und absehbare Probleme im KSVF auf (im Rahmen von offenen Briefen, Pressemitteilungen, einem Aufruf mit Unterschriftenaktion, Pressegesprächen, Diskussionsveranstaltungen, einer Tagung, Textbeiträgen in eigenen und anderen Medien, etc. etc.). Vor vier Jahren hat der Kulturrat Österreich ein Forderungspapier mit Sofortmaßnahmen erarbeitet. Seit Jänner 2007 und der Ankündigung von BM Schmied, das KSVFG zu novellieren, drängen sämtliche Interessenvertretungen auf Gesprächstermine sowie eine zügige und kontinuierliche Zusammenarbeit, um das geplante Vorhaben umzusetzen.

Zwischen dem Gesprächstermin mit BM Schmied bzw. den Gesprächen mit ihrem Mitarbeiter liegen unzählige Telefonate, Briefe und Emails, um einen kontinuierlichen Arbeitsprozess einzufordern und inhaltliche Forderungen zu deponieren. Post an das BMUKK in dieser Sache blieb bis heute konsequent unbeantwortet. Nach dem letzten Informationsstand ist keine einzige Forderung des Kulturrat Österreich in der geplanten Gesetzes-Novelle berücksichtigt.

Links

www.igbildendekunst.at/sozialversicherung

Informationsblätter zur Versicherungssituation für selbständig erwerbstätige KünstlerInnen (inkl. Linksammlung) sowie kulturpolitische Texte und Stellungnahmen zum aktuellen Geschehen.

www.kulturrat.at/agenda/sozialrechte

Gemeinsame Stellungnahmen und Forderungen von den im Kulturrat zusammengeschlossenen Interessenvertretungen aus Kunst, Kultur und freien Medien.

Forderungen und Kämpfe der Intermittents (Frankreich)

Intermittents du spectacle – dies ist nicht nur der Name für eine soziale Bewegung, vielmehr handelt es sich auch um einen Rechtstitel für im kulturellen Bereich Beschäftigte, das diesen unter sehr genau gesetzlich geregelten Bedingungen eine gewisse soziale Absicherung aufgrund ihrer prekären – unregelmäßigen – Beschäftigungssituation bis 2003 zuweist.

„Quels droits pour les salariés à l'emploi discontinu?“ – Welche Rechte für die Lohnabhängigen mit diskontinuierlicher Beschäftigung? – so lautet der Titel eines aus der Intermittents-Bewegung selbst entstandenen Forderungspapiers, das mit einer Selbstpräsentation beginnt:

„Wir sind Darsteller, Interpreten, Techniker. Wir beteiligen uns an der Produktion von Theaterstücken, Tanz- und Zirkusspielen, Reality-TV, Abendnachrichten und der Werbung, die das alles umgibt. Wir stehen vor und hinter der Kamera, auf der Bühne und in den Kulissen, wir sind auf der Straße, in den Klassenzimmern, den Gefängnissen, den Krankenhäusern. Die Strukturen, in denen wir beschäftigt sind, reichen von Non-Profit-Projekten bis zu börsennotierten Unterhaltungskonzernen.“¹

Das Selbstverständnis der Intermittents geht jedoch über die im weitesten Sinne im kulturellen Feld Tätigen hinaus: Dies vor allem auf der Grundlage von sich verändernden Beschäftigungsverhältnissen, die sich zusehends von der Normalarbeit (in Österreich 40h) entfernen und so eine zunehmende Verunsicherung mit sich bringen. Um dieser Tendenz, die eine immer geringere soziale Absicherung mit sich bringt, entgegenzuwirken, fordern die Intermittents ein System, das eben diese soziale Absicherung garantiert. Und das für alle!

Bei der Bewegung der Intermittents handelt es sich nicht um keine homogene, hierarchisch organisierte Gruppe; vielmehr sind es sehr unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen, die sich lokal organisieren und teilweise landesweit oder sogar international vernetzen. Daher unterscheiden sich auch die Forderungen in ihrer Radikalität: Während manche lediglich die Erhaltung ihres Status „Intermittent du spectacle“ einfordern, fordern andere Gruppen die Ausdehnung dieses Zustands für alle!

Auslöser für die Formierung der Bewegung der **Intermittents du Spectacle** war eine im Sommer 2003 in Kraft getretene Gesetzesnovelle, die eine Verschlechterung der ohnehin schon instabilen Einkommenssituationen bewirkte. Bis dahin war es den Intermittents, also den im kulturellen Feld Beschäftigten, möglich gewesen durch das Nachweisen von 507 Stunden Arbeit in einem Zeitraum von zwölf Monaten eine Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Durch die Gesetzesänderung wurde der Bezugszeitraum auf acht Monate gekürzt, die für diesen Bezug nötige Stundenanzahl war nun in elf Monaten zu erbringen. Die vor der Novellierung bestehende Regelung hatte es ermöglicht, dass Intermittents zwischen zwei Produktionen aus der Arbeitslosenkasse bezahlt wurden, was trotz diskontinuierlicher Beschäftigungsverhältnisse eine gewisse Einkommenskontinuität sicherte. Der Zugang zum Arbeitslosengeld zwischen zwei Projekten war im Hinblick auf eine Weiterentwicklung von eigenen Projektideen, zur Fortbildungen aber auch zur Erholung von oft extrem zeitintensiven Arbeitszusammenhängen extrem wichtig. Es war eine Phase in welcher zwar produktiv gearbeitet wird, die aber in den seltensten Fällen entlohnt wird, und die gerade für prekäre Beschäftigungsverhältnisse typisch ist.

Seit dem Sommer 2003 haben **Intermittents** Widerstand geleistet: klassische Protestformen wie etwa Demonstrationen und das Verteilen von Flyern, aber auch Besetzungs- und

¹ „Für den Sinn unserer Arbeit!“ in Jungle World 37, 3. September 2003.
(www.jungle-world.com/seiten/2003/36/1558.php)

Streikaktionen, Festivals die zu Diskussionsforen umgewandelt wurden und sogar das Stürmen von Fernsehstudios usw. waren Teil der Aktionen: „In ihren Kämpfen geht es um mehr als bloße Gehaltsforderungen. Sie attackieren dabei nicht nur ein juristisches oder ökonomisches Unterordnungsverhältnis gegenüber einem öffentlichen oder privaten Arbeitgeber. Sie zeigen uns vielmehr, dass es darum geht, die Grundlagen der Produktion öffentlicher Güter wie Bildung und Kultur anzugreifen – samt der zugehörigen institutionellen Verfahren und Verwertungstechnologien: der Finanzierung von Kultur, der Verteilung von Zugangsrechten und schließlich der Produktion von KonsumentInnen-Subjektivitäten durch Schulen, Kulturindustrie und Medien.“²

Derzeit ist Ruhe eingekehrt in die Bewegung in Frankreich. Interessant an den Intermittents ist jedoch nicht nur die (zumindest für kurze Zeit erreichte) Stärke der Bewegung, sondern vielmehr ihre Aktionsformen, ihre Forderung nach Ausweitung eines sozialen Absicherungsmodells für alle in prekären Beschäftigungsverhältnissen Tätigen.

Eine ähnliche Absicht steckt hinter der in Wien 2005 formierten Euromayday-Aktionsgruppe: Ausgehend von Fragen wie „Woher kommt dein Geld zum Überleben? Wie kommst du zu deinen Jobs, Aufträgen und Projekten? Darfst du arbeiten? Bekommst du Anerkennung? Was kannst du dir leisten? Machst du dir freie Tage?“ wurde eine Auseinandersetzung über die eigene Lebens- und Arbeitssituation angestoßen. Dies als Strategie, um der Vereinzelung durch Projektarbeit, wechselnde Beschäftigungsverhältnisse entgegenzuwirken.

Links

Mehr Information gibt es unter folgenden Seiten:

<http://www.jungle-world.com/seiten/2003/36/1558.php> (Papier der Intermittents)

<http://www.labournet.de/internationales/fr/080703/index.html> (Bildmaterial)

<http://www.kulturrisse.at>

<http://eipcp.net>

<http://www.euromayday.at>

<http://www.euromayday.org>

<http://mirreichts-nicht.org/blog/index.html>

Aktueller Literaturhinweis

Kulturrisse 3|2007: Politiken des Sozialen
(erscheint am 2. Oktober 2007)

² GlobalProject/coordination der Intermittents et Précaires d'Ile de France: Spektakel diesseits und jenseits des Staates. Soziale Rechte und Aneignung öffentlicher Räume: die Kämpfe der französischen Intermittents. (http://www.republicart.net/disc/precariat/intermittents01_de.htm)